

BARRIEREFREI – KONZEPT

Projekt: Neubau Rathaus Hörstel
Ibbenbürener Str. n.n.
48477 Hörstel

Bauherr: Stadt Hörstel
Bürgermeister D. Ostholthoff
Kalixtusstraße 6
48477 Hörstel

Architekt: Heupel GmbH
J. Marquard
Am Mittelhafen 16
48155 Münster

Stand: 25.04.2025 Index: -

erstellt: beinker[architektur]
M.Sc. Architektin D. Leupold
Am Eggebrink 1
49176 Hilter a.T.W.
05409 989846 0
info@beinker-architektur.de

Inhaltsverzeichnis

1	Vorbemerkungen	3
2	Öffentliche Zugänglichkeit, Nutzung, Nutzergruppen	5
3	Schutzziel	6
4	Nutzung und Anwendungsbereich	7
5	Unterlagen	7
6	Gesetzliche Bestimmungen und Grundlagen	7
7	Barrierefreiheit	8
7.1	Bauliche Situation	8
7.2	Äußere Erschließung	8
7.2.1	Allgemeines	8
7.2.2	PKW – Stellplätze	9
7.2.3	Barrierefreie Gebäudezugänge	10
7.2.4	Treppen	10
7.3	Innere Erschließung	11
7.3.1	Bodenbeläge und Orientierung	11
7.3.2	Flure und Verkehrsflächen	12
7.3.3	Sanitärräume	13
7.3.4	Türen	15
7.3.5	Aufzugsanlagen	16
7.3.6	Treppen und Handläufe	17
7.3.7	Rampen	17
7.3.8	Rollstuhlabstellplätze	17
7.3.9	Anordnung von Bedienelementen, Kommunikationsanlagen, Ausstattung	17
7.3.10	Warnen/ Orientieren/ Informieren/ Leiten	19
7.3.11	Maßnahmen zur Rettung von Menschen mit Behinderung	22
7.3.12	Räume für Veranstaltungen	22
7.3.13	Büroräume	22
8	Alarmierung und Evakuierung	23
8.1	Alarmierungseinrichtung	23
8.2	Evakuierung	24
9	Zusammenfassung	24
10	Anlagen	25

1 Vorbemerkungen

Die Fachbereiche und Fachdienste der Stadt Hörstel sind aktuell in drei unterschiedlichen Immobilien angesiedelt. Um eine zentrale Anlaufstelle für Bürger:innen zu bieten, hat sich die Stadt im Zuge der Ratssitzung dazu entschlossen, einen 3-geschossigen Neubau zu realisieren. Für den Neubau des Verwaltungsgebäudes wurde der Standort Ibbenbürener Straße / Uferstraße in Hörstel gewählt. Der Neubau soll das abgängige Gebäude am Tiefer Weg 5 ersetzen und die weiterhin bestehenden Verwaltungsstandorte in der Kalixtusstraße und der Sünthe-Rendel-Straße ergänzen. Da es sich um ein öffentliches Gebäude mit stetigem Besucherverkehr handelt, werden Maßnahmen für die barrierefreie Nutzung gem. DIN 18040 Teil 1, sowie der Arbeitsstättenverordnung (ArbStättV) und der Arbeitsstättenrichtlinien (ASR) angewendet.

Das Baugrundstück liegt in Nordrhein – Westfalen im Kreis Steinfurt. Die Kleinstadt Hörstel befindet sich am nordwestlichen Ausläufer des Teutoburger Waldes.

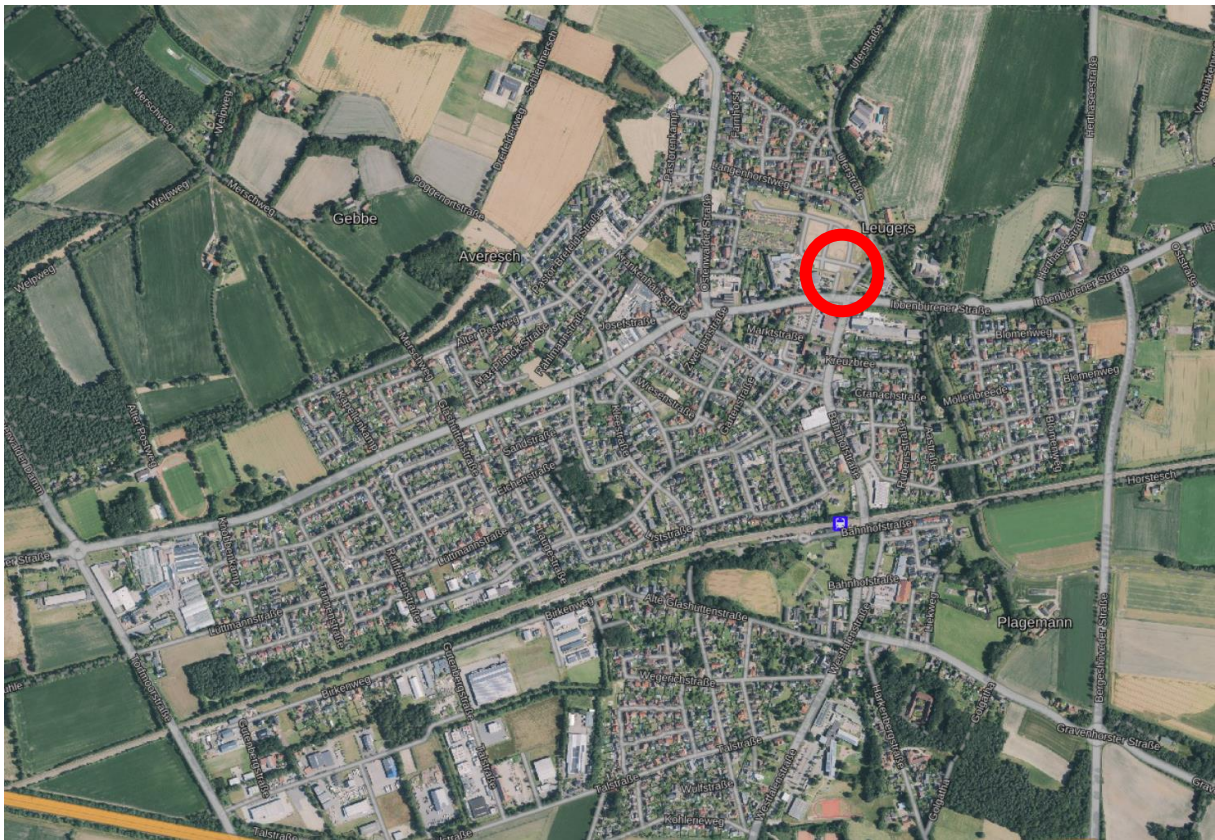


Abbildung 1: Luftbild Hörstel (Quelle: TIM- Online)

Der Neubau des Rathauses Hörstel befindet sich im nordöstlichen Teil von Hörstel und ist über die Ibbenbürener Straße fußläufig zu erreichen.

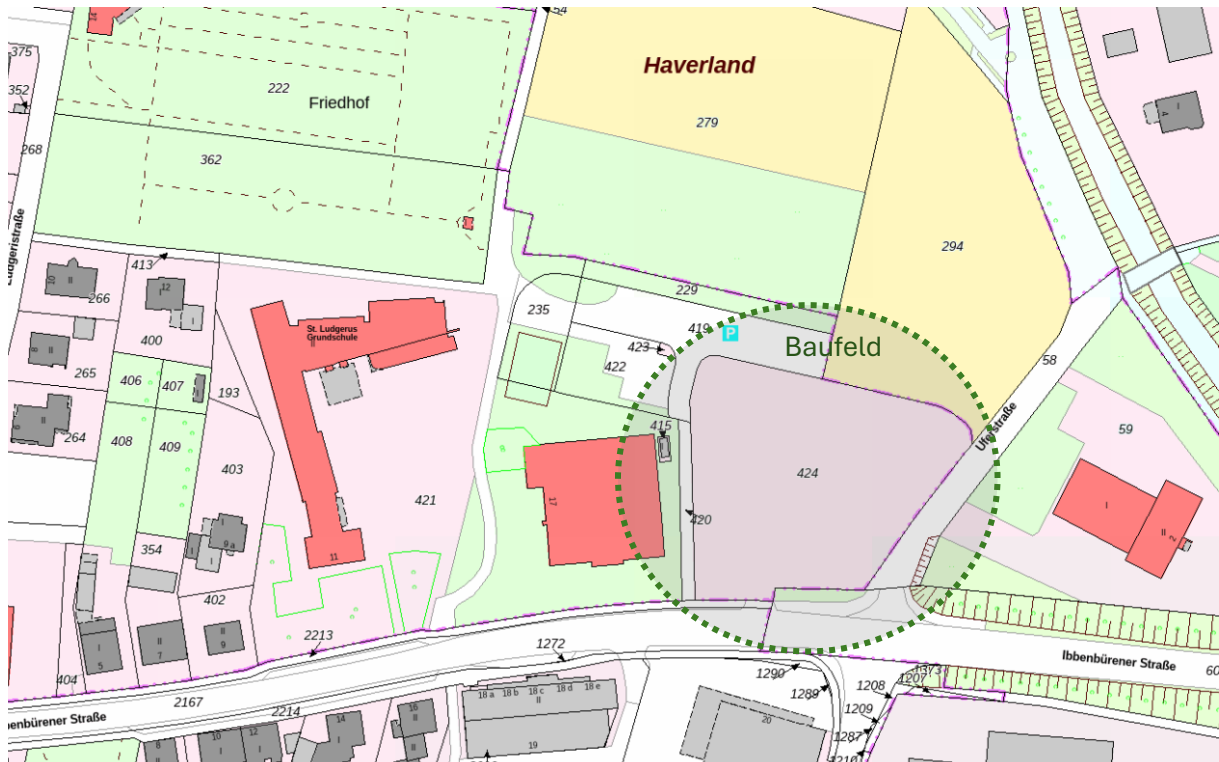


Abbildung 2: Lageplan (Quelle: TIM-Online)

Nördlich vom Gebäude befindet sich der Parkplatzbereich. Von hier aus führt ein barrierefreier Weg direkt zum nördlichen Eingang. Dieser ist mit einer Neigung von ca. 3% ebenerdig erreichbar. Notwendige ebene Zwischenflächen sind eingeplant. Über einen längeren Weg entlang der Grünflächen, kann das Gebäude umrundet werden.

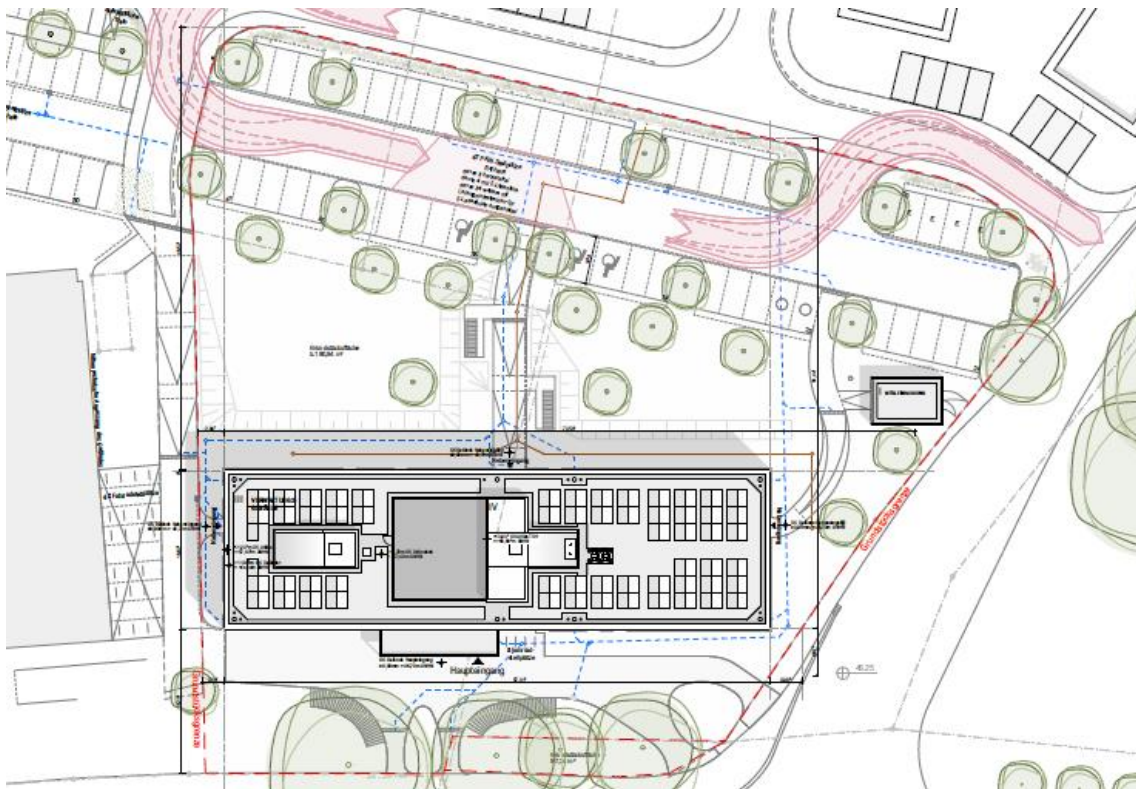


Abbildung 3: Lageplan (Quelle: Heupel GmbH)

DGNB-Zertifizierung

Im Zuge der Zertifizierung durch die „Deutsche Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen“ (DGNB) wird nachfolgend ein bauvorhabenbezogenes Barrierefrei-Konzept durch den Unterzeichner erstellt. In dem Barrierefrei-Konzept werden die erforderlichen Maßnahmen festgelegt, welche zur Realisierung der Barrierefreiheit notwendig werden, bzw. im Rahmen der baulichen und grundstücksbedingten Möglichkeiten realisierbar sind. Es wird die Qualitätsstufe 6 gem. Kriterienkatalog Gebäude Neubau (SOC2.1 / Barrierefreiheit) der DGNB-Zertifizierung angestrebt.

2 Öffentlichen Zugänglichkeit, Nutzung und Nutzergruppen

Die nachfolgend beschriebenen Anforderungen hinsichtlich der barrieretechnischen Nutzung ergeben sich in Abhängigkeit von der Nutzung und mit welchen Personen- / Nutzergruppen zu rechnen ist.

Nach der § 49 Absatz 2 BauO NRW 2018 müssen bauliche Anlagen, die öffentlich zugänglich sind, barrierefrei sein. Dies gilt insbesondere für:

1. Einrichtungen der Kultur, des Bildungs- und Erziehungswesens
2. Sport- und Freizeitstätten
3. Einrichtungen des Gesundheitswesens
4. Büro-, Verwaltungs- und Gerichtsgebäude
5. Verkaufs-, Gast- und Beherbergungsstätten
6. Stellplätze, Garagen und Toilettenanlagen

Toilettenräume und notwendige Stellplätze für Besucher:innen sowie für Benutzer: innen müssen in der erforderlichen Anzahl barrierefrei sein.

Soweit die Anforderungen wegen schwieriger Geländeverhältnisse oder wegen ungünstiger vorhandener Bebauung nur mit unverhältnismäßigem Mehraufwand erfüllt werden können, gelten die Vorgaben jeweils nicht bzw. kann von den Vorgaben abgewichen werden.

Öffentliche Zugänglichkeit

Öffentlich zugänglich sind bauliche Anlagen, wenn sie nach ihrem Zweck im Zeitraum ihrer Nutzung von im Vorhinein nicht bestimmbar Personen aufgesucht werden können.

Nutzung und Nutzergruppen

Das Rathaus der Kleinstadt Hörstel mit den geplanten Verwaltungs- und Konferenzbereichen sind zumeist öffentlich zugänglichen Bereiche, welche durch Besucher:innen und Benutzer:innen gleichermaßen genutzt werden. Demnach ist eine Nutzung durch die Öffentlichkeit – einschließlich Personen mit Behinderungen jeglicher Art - vorgesehen. Werden Menschen mit Behinderung im Rathaus beschäftigt, ist das Arbeitsstättenrecht, insbesondere die Arbeitsstättenverordnung (ArbStättV) und die zugehörigen Technischen Regeln für Arbeitsstätten (ASR), zu berücksichtigen. Diese Regelwerke tragen den besonderen Belangen von Beschäftigten mit Behinderung Rechnung – insbesondere im Hinblick auf Sicherheit und Gesundheitsschutz. Dies betrifft insbesondere die barrierefreie Gestaltung von Arbeitsplätzen, Sanitär-, Pausen- und Erste-Hilfe-Räumen, sowie den zugehörigen Türen, Verkehrswegen, Fluchtwegen und Notausgängen, Treppen und Orientierungssystemen, die von Beschäftigten mit Behinderung benutzt werden. Es wird davon ausgegangen, dass Beschäftigte ortskundig sind und mit ihrem Arbeitsumfeld vertraut, sodass sie sich selbstständig und sicher im Gebäude bewegen können.

Eine umfassende barrierefreie Ausgestaltung aller Arbeitsbereiche wird als unverhältnismäßig eingestuft. Stattdessen werden die erforderlichen Bewegungsflächen vor Türen grundsätzlich vorgesehen, sodass eine barrierefreie Anpassung einzelner Arbeitsplätze je nach individuellem Bedarf nachträglich möglich ist.

3 Schutzziel

Der Neubau des Rathauses wird als Büro- und Verwaltungsgebäude mit zugehörigen Funktionsräumen errichtet und stellt ein öffentlich zugängliches Gebäude im Sinne der BauO NRW dar.

Eine barrierefreie Nutzung des Untergeschosses wird nicht vorgesehen, da davon auszugehen ist, dass diese Bereiche ausschließlich von ortskundigen Mitarbeitenden genutzt werden.

Zudem wird eine selbstständige Nutzung durch kognitiv stark eingeschränkte Personen, die aufgrund ihrer Behinderung nicht in der Lage sind, sich eigenverantwortlich und orientiert im Gebäude zu bewegen, ausgeschlossen. In diesen Fällen erfolgt der Besuch des Rathauses in der Regel mit unterstützender Begleitung.

Folgende Personengruppen werden im Hinblick auf die barrierefreie Nutzung der öffentlich zugänglichen Bereiche berücksichtigt:

- Personen mit leichten Mobilitätseinschränkungen, z.B. Gehhilfen, Rollator (teilweise gehfähig)
- Personen mit starken Mobilitätseinschränkungen, die auf radgebundene Hilfsmittel angewiesen sind, z.B. Rollstuhl (nicht mehr gehfähig)
- Personen mit eingeschränktem Sehvermögen (teilweise visuell orientiert)
- Blinde Personen (auditiv/ taktil orientiert)
- Personen mit eingeschränktem Hörvermögen (teilweise auditiv orientiert)
- Gehörlose Personen (visuell/ taktil orientiert)
- Personen mit einer Kombination der voran genannten Einschränkungen
- Mütter und Väter mit Kleinkindern (mit Kinderwagen)

Zur Umsetzung der Barrierefreiheit werden – abhängig vom spezifischen Bedarf der jeweiligen Nutzergruppen – bauliche, technische und organisatorische Maßnahmen ergriffen.

Grundsätzliches Schutzziel ist die barrierefreie Erreichbarkeit des Neubaus, der Geschosse und der Besprechungsräume. Es wird davon ausgegangen, dass Personen mit Behinderung die betrachteten Bereiche grundsätzlich selbstständig nutzen können. Die Unterstützung durch Begleitpersonen wird nicht vorausgesetzt, wenngleich Hilfeleistungen durch andere Besucher:innen oder Mitarbeitende ohne Einschränkung grundsätzlich möglich sind.

Im Fokus stehen dabei folgende Aspekte:

- Auffindbarkeit,
- Erreichbarkeit,
- Zugänglichkeit,
- Zweckentsprechende Nutzbarkeit

Diese Merkmale unterstützen die selbstständige Nutzung des Gebäudes und ermöglichen im Regelbetrieb eine barrierefreie Nutzung in allgemein üblicher Weise, ohne besondere Erschwernis und grundsätzlich ohne fremde Hilfe.

Ein zentrales weiteres Schutzziel besteht darin, dass im Gefahrenfall (z. B. Rauchentwicklung oder Feuer) das sichere Verlassen der Gefahrenzone für Menschen mit Behinderung über die vorgesehenen Flucht- und Rettungswege in einen gesicherten Bereich oder ins Freie gewährleistet ist.

Das Konzept berücksichtigt sowohl die Anforderungen an barrierefreie, öffentlich zugängliche Bereiche mit regelmäßigem Publikumsverkehr als auch die notwendige Flexibilität zur bedarfsgerechten Anpassung von Arbeitsplätzen für Beschäftigte mit Behinderung. Damit wird eine ausgewogene, praxisorientierte Lösung zwischen baulicher Umsetzbarkeit und Inklusion geschaffen.

4 Nutzung und Anwendungsbereich

Grundsätzlich stellt das Rathaus gemäß § 2 Absatz 3 BauO NRW 2018, ein Gebäude der Gebäudeklasse 3 dar, das aufgrund seiner Nutzung als öffentlich zugänglich eingestuft ist.

Gemäß § 49 Absatz 2 der BauO NRW 2018 müssen bauliche Anlagen, die öffentlich zugänglich sind, im erforderlichen Umfang barrierefrei gestaltet werden. Als öffentlich zugänglich gelten bauliche Anlagen, wenn und soweit sie nach Ihrem Zweck im Zeitraum ihrer Nutzung von im Vorhinein nicht bestimmbar Personen aufgesucht werden können. Für den Neubau wird eine an die Nutzung anzupassende Barrierefreiheit umgesetzt, um die uneingeschränkte Zugänglichkeit für Menschen mit Behinderungen – gleich welcher Art – in den öffentlichen Bereichen sicherzustellen.

Das nachfolgende Barrierefrei-Konzept stellt eine schutzzielorientierte, objektkonkrete Bewertung der baulichen, technischen und organisatorischen Anforderungen der Barrierefreiheit dar, die für die Zertifizierung durch DGNB relevant ist. Der Nachweis muss insbesondere mindestens folgende Angaben enthalten:

- Barrierefreie Erreichbarkeit der baulichen Anlagen, barrierefreie Gebäudezugänge
- Ausführung der PKW-Stellplätze und deren Abmessungen
- Flurbreiten
- Türbreiten, Türschwellen, Türanschlüsse, Türöffnungsmöglichkeiten
- Aufzüge, Fahrtreppen
- Treppen, Handläufe
- Rampen
- Anordnung von Bedienelementen
- Barrierefreie Sanitärräume
- Abmessungen der Bewegungsflächen
- Orientierungshilfen

5 Unterlagen

Folgende Unterlagen lagen dieser Bearbeitung zugrunde:

Unterlagen	von	Datum
Bauantragspläne	Heupel GmbH	27.02.2025
Ausführungspläne	Heupel GmbH	04.03.2025
Brandschutzkonzept	Strunk Brandschutz	25.02.2025
Schallschutzkonzept	ISRW Dr.-Ing. Klapdor GmbH	22.05.2024
Außenanlagen	Planungsbüro Hahm GmbH	06.01.2025

6 Gesetzliche Bestimmungen und Grundlagen

BauO NRW 2018	Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen, Fassung 01.01.2024
PrüfVO NRW	Technische Prüfverordnung, Fassung 26.11.2024
BauPrüfVO	Bauprüfverordnung, Stand 21.03.2025
VV TB NRW	Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen, Stand September 2020
DIN EN 1154	Schließkräfte an Türen und Türantrieben, Stand April 2003
DIN 18040-1	Öffentlich zugängliche Gebäude, Stand Oktober 2010
DIN 18040-3	Öffentlicher Verkehrs- und Freiraum, Stand Dezember 2014
DIN EN 12217	Türen – Bedienelemente- Anforderungen und Klassifizierung, Stand Juli 2015
DIN 32984	Bodenindikatoren im öffentlichen Raum, Stand Dezember 2020

DIN EN 81-70	Sicherheitsregeln für Konstruktion und Einbau von Aufzügen, Stand Juni 2021
ASR V3a.2	Barrierefreie Gestaltung von Arbeitsstätten, Stand 2023
SOC2.1	DGNB-System – Kriterienkatalog Gebäude Neubau, Version 2023

7 Angaben zur Barrierefreiheit

7.1 Bauliche Situation

Der in den Grundmaßen ca. 16,60 m x 57,30 m große Solitär des Neubaus des Rathauses Hörstel beinhaltet folgende Bereiche:

- 3. Obergeschoss	Dachterrasse; Technikraum, Lagerraum
- 2. Obergeschoss	Büro- und Verwaltungsräume
- 1. Obergeschoss	Büro- und Verwaltungsräume
- Erdgeschoss	Büro- und Verwaltungsräume
- Untergeschoss	Sanitärräume; Technikräume; Lagerräume

7.2 Äußere Erschließung

7.2.1 Allgemeines

Das Gelände des Rathauses ist über die Ibbenbürener Straße L 501, sowie über die Uferstraße zu erreichen. Die Zufahrt mit dem privaten Pkw sowie die Anreise mit dem Fahrrad oder zu Fuß ist über das bestehende Straßen- und Wegenetz (Straßen, Rad- und Gehwege) problemlos möglich. Unmittelbar vor dem Rathaus, an der Ibbenbürener Straße, befindet sich die Bushaltestelle "Marktplatz". Hier halten die Buslinien 129, 291, 292, 293, N16, T60. Damit ist eine barrierearme Erreichbarkeit mit dem ÖPNV im Nahbereich gewährleistet. Das Gebäude platziert sich im südlichen Bereich des Grundstücks. Die zugehörigen PKW-Stellplätze befinden sich nördlich des Gebäudes auf dem Grundstück und sind direkt angebunden.



Abbildung 4: Freianlagenplanung (Quelle: Planungsbüro Hahm)

7.2.2 PKW-Stellplätze

Die PKW-Stellplätze des Rathauses werden gemeinsam mit der Grundschule und der Sporthalle genutzt. Gemäß dem Stellplatznachweis des Architekturbüros Heupel GmbH wird deutlich, dass im Regelfall nicht von einer gleichzeitigen Vollausslastung aller Stellplätze auszugehen ist. Aufgrund der unterschiedlichen Nutzungszeiten der Einrichtungen ist eine effiziente gemeinsame Nutzung möglich.

So können die für das Rathaus benötigten Stellplätze bis 16:00 Uhr auf der Stellplatzanlage der Sporthalle bereitgestellt werden. Ab 16:00 Uhr stehen die Stellplätze auf dem Rathaus-Parkplatz wiederum der Vereinsnutzung zur Verfügung.

Gemäß der Stellplatzsatzung der Stadt Hörstel ergibt sich für das Rathaus ein Bedarf von 53 Stellplätzen.

Die Verteilung erfolgt wie folgt:

- Stellplatzanlage 01 „Rathaus“: 47 Stellplätze-
- Stellplatzanlage 02 „Sporthalle“: 28 Stellplätze

In Summe stehen somit 75 Stellplätze zur Verfügung, sodass der rechnerische Bedarf übererfüllt wird.

Barrierefreie Stellplätze

Gemäß VV-TB NRW, Anlage A4.2/2, Nr. 4, ist mindestens 1 % der Stellplätze, mindestens jedoch ein Stellplatz, als barrierefrei auszuführen. In Anlehnung an den Stellplatznachweis des Architekturbüros Heupel GmbH und die Freianlagenplanung des Planungsbüros Hahm werden insgesamt drei Stellplätze barrierefrei ausgeführt.

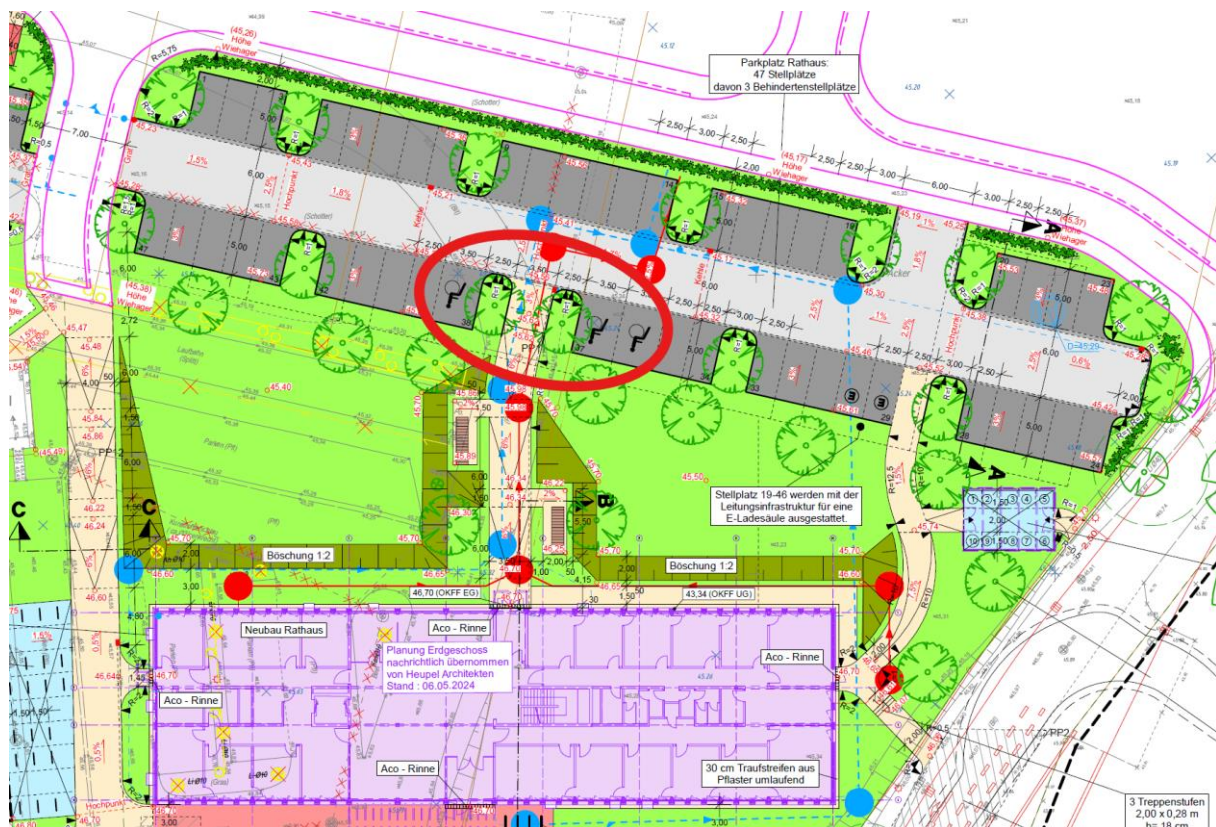


Abbildung 5: Lageplan (Quelle: Planungsbüro Hahm)

Die Behinderten-Stellplätze werden als solche ausgewiesen und werden die Mindestabmessungen 3,5 m x 5,0 m gemäß DIN 18040-1, Abschnitt 4.2.2 aufweisen, zudem sind sie in der Nähe der barrierefreien Zugänge angeordnet.

7.2.3 Barrierefreie Erreichbarkeit

Ein wesentliches Element des Verkehrs- und Freiraums sind die für den Fußgängerverkehr vorgesehenen Flächen. Diese müssen so gestaltet sein, dass sie auch von Personen genutzt werden können, die – abhängig von ihrer individuellen Situation – einen erhöhten Platzbedarf aufweisen, insbesondere Nutzer:innen von Rollstühlen, Gehhilfen oder Langstöcken.

Ausreichend groß sind gem. DIN 18040-3, Absatz 4.2 Abmessungen von 1,80 m Breite für die Begegnung zweier Rollstuhlfahrer; Fläche von 1,50 m x 1,50 m für Richtungswechsel und Rangiervorgänge und 90 cm Breite in Durchgängen und Engstellen. Des Weiteren ist eine leichte Auffindbarkeit für sehbehinderte Menschen z.B. durch visuelle kontrastreiche Gestaltung des Eingangsbereichs und einer ausreichenden Beleuchtung, sowie für blinde Menschen mit Hilfe von taktil erfassbaren unterschiedlichen Bodenstrukturen oder durch bauliche Elemente wie z.B. Sockel und Absätze als Wegbegrenzung erreichbar (DIN 18040-1, 4.2.3). Die Haupteingänge des Gebäudes sollten stufen- und schwellenlos erreichbar sein.

Das Rathaus kann über zwei barrierefreie Zugänge erreicht werden. Im Süden über die Ibbenbürener Straße fußläufig, im Norden von den Parkplätzen aus. Dabei sollte eine Längsneigung von Bewegungsflächen und nutzbaren Gehwegen grundsätzlich maximal 3% betragen. Rampenanlagen sollten für Menschen mit motorischen Einschränkungen eine maximale Neigung von 6% und Zwischenpodesten aufweisen. Die Rampenläufe sollten max. 6,00 m lang sein, die Zwischenpodeste sollten eine Länge von mind. 1,50 m haben, sowie am Anfang und Ende eine Bewegungsfläche von 1,50 m x 1,50 m (DIN 18040-1, Abs. 4.3.8.2).

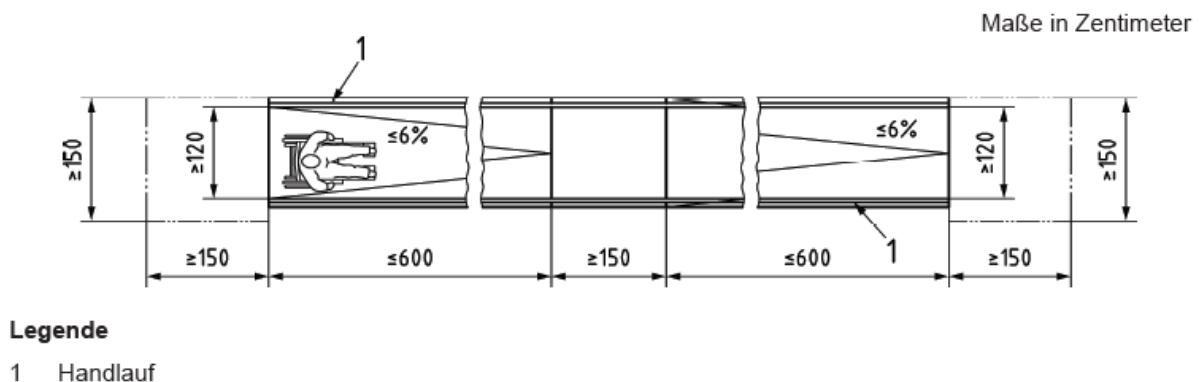


Bild 6 — Rampe, Grundriss

Abbildung 6: Grundriss Rampe (Quelle: DIN 18040-1)

Oberflächengestaltung

Bewegungsflächen und nutzbare Gehwege müssen für die barrierefreie Nutzung eben und erschütterungsarm berollbar sein. Dies wird durch bituminös und hydraulisch gebundene Oberflächen oder Pflaster- und Plattenbeläge (z.B. Betonsteinpflaster mit geringem Fugenanteil) mit fester und ebener Oberfläche erreicht. Zudem muss die Oberfläche rutschhemmend sein (DIN 18040-3, Abs. 4.4).

7.2.4 Treppen

Damit Menschen mit begrenzten motorischen Einschränkungen sowie für blinde und sehbehinderte Menschen barrierefrei nutzbar sind, sollte die Treppe gerade Läufe aufweisen. Setzstufen mit verringernder Höhe oder Trittstufen mit verjüngender Tiefe im Außenbereich sind nicht geeignet. Unterschneidungen bis 2cm sind zulässig.

Des Weiteren muss die Absturzgefahr für blinde Menschen minimiert werden. Dazu sollten am An- und Austritt ein taktil erfassbares Feld durch unterschiedliche Bodenstrukturen oder Bodenindikatoren mit mind. 60cm

Tiefe und so breit wie die Treppe angeordnet werden. Bei bis zu drei Einzelstufen/ Treppen, die frei im Raum beginnen oder enden, muss jede Stufe mit einer Markierung gem. DIN 18040 versehen werden. Ein Handlauf sollte sich visuell kontrastreich vom Hintergrund abheben, eine Höhe von 85-90cm aufweisen und gem. DIN 18040-1, Abs. 4.3.6.3 gestaltet sein.

Eine Treppe im Außenbereich befindet sich östlich des Gebäudes am Seiteneingang 2 und ist von der Uferstraße zu erreichen. Die barrierefreie Gestaltung dieser Treppe ist im Gesamtkontext der barrierefreien Erschließung zu betrachten und nach den oben genannten Kriterien umzusetzen.

7.3 Innere Erschließung

Der Neubau verfügt über zwei Treppenanlagen sowie einen Personenaufzug, der alle Geschosse einschließlich des Untergeschosses und der oberen Etagen barrierefrei erschließt. Lediglich die Dachterrasse ist nicht über den Aufzug erreichbar.

Gemäß DGNB-Kriterium SOC 2.1 müssen mindestens 85 % der barrierefreien Innenflächen zugeordneten Aufenthaltsflächen im Außenbereich barrierefrei erschlossen sein. Das bedeutet: Zugängliche Terrassen, Balkone und Freiflächen müssen direkt und barrierefrei von den jeweiligen Innenräumen aus erreicht werden können. Die Dachterrasse ist keinem Innenraum zugeordnet und kann nur über eins der beiden Treppenhäuser erschlossen werden, daher ist hier keine barrierefreie Erschließung erforderlich.

7.3.1 Bodenbeläge und Orientierung

Innerhalb der öffentlich zugänglichen Bereiche des Gebäudes werden die Bodenbeläge rutschhemmend (mindestens Rutschhemmungsklasse R9 gemäß DGUV Regel 108-003) und fest verlegt ausgeführt. Damit ist eine sichere Nutzung für Personen mit Rollstühlen, Rollatoren und anderen mobilen Gehhilfen gewährleistet (vgl. DIN 18040-1, Abschnitt 4.3.4).

Zur Verbesserung der Orientierung für sehbehinderte Menschen werden die Bodenbeläge der Erschließungsflächen visuell kontrastierend zu angrenzenden Bauteilen wie Wänden und Türflächen gestaltet. Dadurch wird eine klare Unterscheidbarkeit und eine sichere Wegführung unterstützt.

Gemäß DIN 18040-1 ist in Gebäuden mit Publikumsverkehr sicherzustellen, dass blinde und sehbehinderte Menschen sich im Gebäude selbstständig orientieren und fortbewegen können. In Abhängigkeit von der baulichen Komplexität des Gebäudes sind hierfür geeignete Leit- und Orientierungssysteme vorzusehen.

Im Eingangsbereich ist es empfehlenswert ein taktils Bodenleitsystem einzurichten, um den blinden und sehbehinderten Menschen den Weg zum Info-Point, Wartebereich, Aufzug und Behinderten-WC zu erleichtern. Innerhalb der öffentlich zugänglichen Flure werden zusätzliche Bodenindikatoren derzeit nicht als erforderlich angesehen, da eine gradlinig Flurführung entlang der Wand eine Orientierung ermöglicht. Außerdem ist davon auszugehen, dass blinde und sehbehinderte Personen entweder durch Begleitpersonen oder durch das Personal vor Ort unterstützt werden. Der hauptsächliche öffentliche Besuchsverkehr findet zudem im Erdgeschoss statt.

Renderings: Brillux Farbstudios



1 Die geforderten Kontraste werden bei dieser Ton-in-Ton-Farbgestaltung nicht erfüllt. Die Hellbezugswerte von Wand, Tür, Beschriftung und Boden sind nicht kontrastreich genug – der helle und glänzende Handlauf ist gar nicht erkennbar.

2 Durch den Einsatz von Farbtönen mit kontrastreicherem Hellbezugswert an Tür, Zimmernummer, Handlauf und Fußleiste wird den Anforderungen der DIN 18040-1 entsprochen. plan 5

Abbildung 7: Beispiel kontrastierende Bauteile (Quelle: Fa. Brillux)

7.3.2 Flure und Verkehrswege

Gemäß DIN 18040-1, Abschnitt 4.3.2 müssen Flure und Verkehrsflächen so ausgeführt sein, dass sie auch von Personen im Rollstuhl oder mit Gehhilfen selbstständig und sicher genutzt werden können. Die Mindestbreiten betragen 150 cm für allgemeine Flure zur sicheren Nutzung und Begegnung, 90 cm in Durchgängen und Engstellen. Zusätzlich müssen bei langen Fluren spätestens nach 15 m sogenannte Begegnungsflächen mit einer Größe von 180 x 180 cm vorgesehen werden, um das Begegnungs- und Wendemanöver von zwei Rollstuhlnutzenden zu ermöglichen.

Im Erdgeschoss, im Bereich „Soziales“ (rechte Gebäudeseite), befindet sich eine entsprechende Begegnungsfläche jedoch erst nach 19 m Flurlänge.

Abweichung und Abstimmung: Nach Angabe des Architekturbüros Heupel GmbH wurde diese abweichende Anordnung im Rahmen der Abstimmung mit der Stadt Hörstel und der Beauftragten für Menschen mit Behinderung als vertretbar und genehmigungsfähig bewertet. Die Bewertung beruht auf der konkreten Gebäudesituation und der geringen Frequentierung in diesem Flurabschnitt.

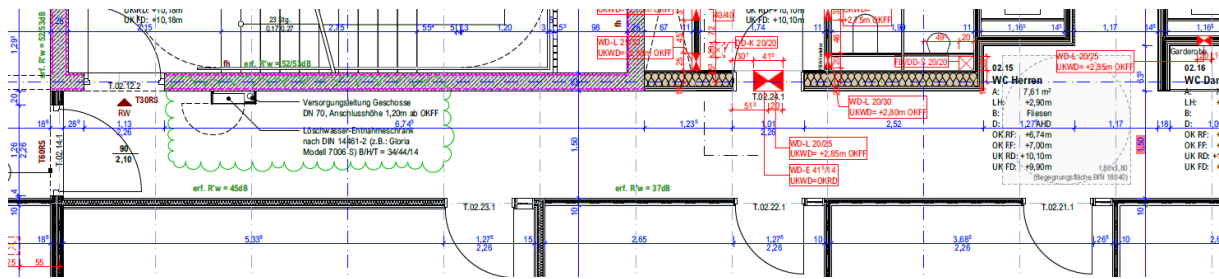


Abbildung 8: Grundriss 2.OG - Flurbreite mit Begegnungsfläche (Quelle: Heupel GmbH)

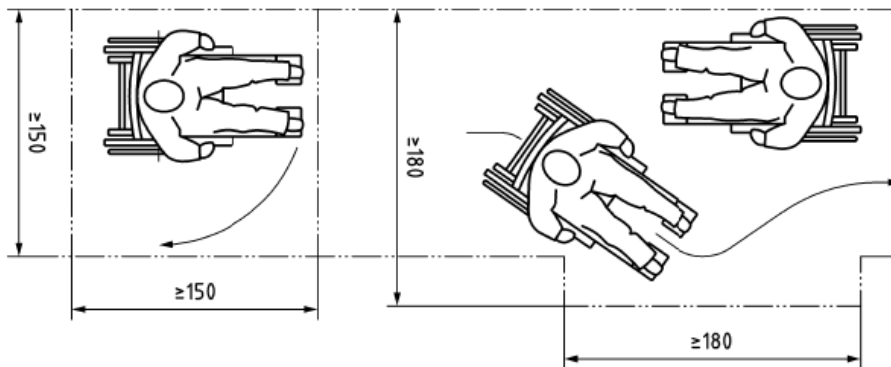


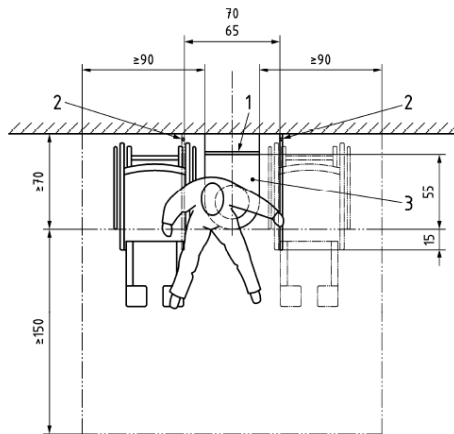
Abbildung 9: Platzbedarf Begegnungsfläche (Quelle: DIN 18040-1, Bild 2)

Glaswände oder großflächig verglaste Wände an Verkehrsflächen müssen deutlich erkennbar sein, z. B. durch visuell kontrastierende Sicherheitsmarkierungen.

7.3.3 Sanitärräume

Barrierefreie Sanitärräume sind so zu gestalten, dass sie von Menschen mit Rollstühlen und Rollatoren und von blinden und sehbehinderten Menschen zweckentsprechend genutzt werden können. Aus Sicherheitsgründen dürfen Drehflügeltüren nicht in Sanitärräume schlagen, um ein Blockieren der Tür zu vermeiden. Türen von Sanitärräumen müssen von außen entriegelt werden können. Armaturen müssen als Einhebel- oder berührungslose Armaturen ausgebildet sein. Berührungslose Armaturen dürfen nur in Verbindung mit Temperaturbegrenzung eingesetzt werden. Um ein Verbrühen zu vermeiden ist die Wassertemperatur an der Auslaufarmatur auf 45 °C zu begrenzen. Die Ausstattungselemente müssen sich visuell kontrastierend von ihrer Umgebung abheben. Wenn Kleiderhaken vorgesehen sind, sind sie in mindestens zwei Höhen für die sitzende und stehende Position vorzusehen.

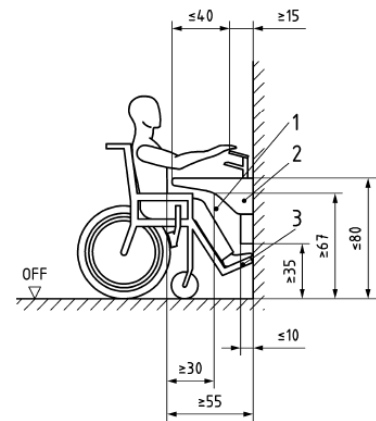
Bewegungsflächen dürfen sich überlagern. Eine Bewegungsfläche von mindestens 150 cm × 150 cm ist jeweils vor den Sanitärelementen wie z. B. WC-Becken, Waschtisch, sowie im Duschplatz vorzusehen. Das WC-Becken muss beidseitig anfahrbar sein, wofür jeweils eine Bewegungsfläche mit einer Tiefe von mindestens 70 cm (von der Beckenvorderkante bis zur rückwärtigen Wand) sowie einer Breite von mindestens 90 cm erforderlich ist.



Legende

- 1 Rückenstütze
- 2 Stützklappgriffe
- 3 WC-Becken

Abbildung 10: Bewegungsfläche WC,
gem. DIN 18040-1, Bild 12



Legende

- 1 Beinfreiraum im Bereich des Knies
- 2 Bau-, Ausrüstungs- oder Ausstattungselement
- 3 Beinfreiraum im Bereich des Fußes

Abbildung 11: Beinfreiraum WT, gem. DIN 18040-1, Bild 13

Das barrierefreie WC im Erdgeschoss (Raum 00.11, westlicher Gebäudeteil) erfüllt die Anforderungen an eine barrierefreie Nutzung durch Personen mit Mobilitätseinschränkungen gemäß DIN 18040-1. Die Ausstattung orientiert sich an den Schutzzielen der Sicherheit, Nutzbarkeit, Erreichbarkeit und Selbstständigkeit.

Die Höhe des WC-Beckens einschließlich Sitz muss zwischen 46 cm und 48 cm liegen. Eine Rückenstütze (WC-Deckel ist als alleinige Rückenstütze ungeeignet) muss 55 cm hinter der Vorderkante des WC angeordnet sein. Die Spülung muss vom Sitzenden mit der Hand oder dem Arm bedienbar sein, ohne dass dieser die Sitzposition verändern muss. Wird eine berührungslose Spülung verwendet, muss ihr ungewolltes Auslösen ausgeschlossen sein. Auf jeder Seite des WC-Beckens muss ein mit wenig Kraftaufwand in selbst gewählten Etappen hochklappbarer Stützgriff montiert sein, der 15 cm über die Vorderkante des WC-Beckens hinausragt. Der lichte Abstand zwischen den Stützklappgriffen muss 65 cm bis 70 cm betragen. Die Oberkante der Stützklappgriffe muss 28 cm über der Sitzhöhe liegen. Die Befestigung der Stützklappgriffe muss einer Punktlast von mindestens 1 kN am vorderen Griffende standhalten. Der Toilettenpapierhalter muss ohne Veränderung der Sitzposition erreichbar sein. Eine Möglichkeit zur hygienischen Abfallentsorgung sollte vorgesehen werden, z. B. durch einen dicht- und selbst schließenden und mit einer Hand zu bedienenden Abfallbehälter.

Waschtische müssen soweit unterfahrbar sein, dass der Oberkörper bis an den vorderen Rand des Waschtisches reichen kann und die Armatur aus dieser Position bedienbar ist. Dies ist gegeben bei einer Unterfahrbarkeit von mindestens 55 cm und einem Abstand der Armatur zum vorderen Rand des Waschtisches von höchstens 40 cm. Der notwendige Beinfreiraum muss axial gemessen mindestens eine Breite von 90 cm aufweisen. Für Handwaschbecken ist abweichend davon eine unterfahrbare Tiefe von mindestens 45 cm ausreichend. Die Höhe der Vorderkante des Waschtisches darf 80 cm nicht übersteigen. Über dem Waschtisch ist ein mindestens 100 cm hoher Spiegel anzuordnen, der die Einsicht sowohl aus der Sitz- als auch der Stehposition ermöglicht. Einhand-Seifenspende, Papierhandtuchspender und Abfallbehälter bzw. Handtrockner müssen im Bereich des Waschtisches angeordnet sein.

Das Behinderten – WC befindet sich im Erdgeschoss (Raum 00.11) im westlichen Teil des Gebäudes. Gemäß DGNB – Kriterium SOC2.1 müssen Toilettenräume in einer max. Entfernung von 100m (tatsächliche Weglänge) und maximal im nächsten Geschoss zu den Arbeitsplätzen angeordnet sein. Zur Erfüllung des DGNB-Kriteriums SOC2.1 (10%-Umsetzung & max. Erreichbarkeitsradius) ist im 2. Obergeschoss ein zweiter WC-Raum baulich vorgerüstet (Raum 02.10). Die bauliche Vorrüstung umfasst die Ver- und Entsorgungsleitungen, ebenso ist der Flächenbedarf gem. Anforderungen planerisch nachgewiesen.

Ein barrierefreier Duschplatz ist nicht vorgesehen und im Nutzungskontext des Rathauses nicht erforderlich.

7.3.4 Türen

Die Zugänge zu den einzelnen Nutzungseinheiten werden gem. Anforderungen an die lichte Türbreite von mind. 90 cm entsprechend der DIN 18040-1 geplant und ausgeführt. Ausnahmen bilden die Nebenräume und die WC-Türen zu nicht barrierefreien WC-Anlagen.

Türen müssen deutlich wahrnehmbar, leicht zu öffnen und schließen und sicher zu passieren sein. Untere Türanschlüge und -schwelle sind nicht zulässig. Sind sie technisch unabdingbar, dürfen sie nicht höher als 2 cm sein. Das Öffnen und Schließen von Türen muss auch mit geringem Kraftaufwand möglich sein. Das wird erreicht mit Bedienkräften und -momenten der Klasse 3 nach DIN EN 12217 (z. B. 25 N zum Öffnen des Türblatts bei Drehtüren und Schiebetüren). Andernfalls sind automatische Türsysteme erforderlich (siehe auch DIN 18650-1 und DIN 18650-2).

Sind Türschließer erforderlich, müssen diese so eingestellt werden, dass das Öffnungsmoment der Größe 3 nach DIN EN 1154 nicht überschritten wird. Es wird empfohlen, Türschließer mit stufenlos einstellbarer Schließkraft zu verwenden. Damit z. B. Menschen mit motorischen Einschränkungen genug Zeit haben, um die Türen sicher zu passieren, können Schließverzögerungen genutzt werden.

Bei Feuer- oder Rauchschutztüren sollten Feststellanlagen (z. B. Haftmagnete oder Freilauftürschließer) zum Einsatz kommen.

Drückergarnituren sind für motorisch eingeschränkte, blinde und sehbehinderte Menschen greifgünstig auszubilden. Dies wird z. B. erreicht durch bogen- oder u-förmige Griffe. Die Greifhöhe des Drückers zu den Behinderten – WCs sollte in einer Höhe von 85 cm ausgeführt werden. Ansonsten kann zur besseren allgemeinen Nutzung die Greifhöhe der Türgriffe auf 1,05m bleiben.

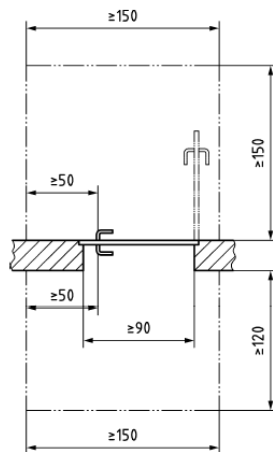


Bild 4 — Bewegungsflächen vor Drehtürgelüren

Bewegungsflächen vor Türen sind nach Abbildung 12 zu bemessen.

Die barrierefreien Gebäudeeingangstüren des Haupt- und Nebeneinganges sind im Rathaus durch einen Taster automatisch zu öffnen und zu schließen.

Die Türen vom Flur/ Galerie zu den Büroräumen unterschreiten die Bewegungsflächen vor den Türen, in die die Tür aufschlägt. Da die erforderlichen Bewegungsflächen bei diesen Türflügeln unterschritten werden, werden diese Türen als automatische Türanlagen mit behindertengerechten Öffnungstastern ausgeführt. Eine manuelle Anfahrbarkeit ist dadurch nicht erforderlich.

Die Bürotüren werden als leichtgängige, manuell nutzbare Türen mit Einhaltung der Bewegungsflächen geplant und ausgeführt.

Abbildung 12: Bewegungsflächen (Quelle: DIN 18040-1, 4.3.3.4)

Auffindbarkeit und Erkennbarkeit von Türen und deren Funktion müssen auch für blinde und sehbehinderte Menschen möglich sein. Dies wird z. B. erreicht durch taktil eindeutig erkennbare Türblätter oder -zargen und visuell kontrastierende Gestaltung, z. B. helle Wand/dunkle Zarge, heller Flügel/dunkle Hauptschließkante und Beschlag erreicht.

Ganzglastüren und großflächig verglaste Türen müssen sicher erkennbar sein durch Sicherheitsmarkierungen, die über die gesamte Glasbreite reichen, visuell stark kontrastierend sind und jeweils helle und dunkle Anteile (Wechselkontrast) enthalten, um wechselnde Lichtverhältnisse im Hintergrund zu berücksichtigen. Diese müssen in einer Höhe von 40 cm bis 70 cm und von 120 cm bis 160 cm über OFF angeordnet werden.

Die geometrischen Anforderungen können der DIN 18040-1, Tabelle 1 entnommen werden.

Tabelle 1 — Geometrische Anforderungen an Türen

	Komponente	Geometrie	Maße cm
	1	2	3
	alle Türen		
1	Durchgang	lichte Breite	≥ 90
2		lichte Höhe über OFF	≥ 205
3	Leibung	Tiefe	≤ 26 ^a
4	Drücker, Griff	Abstand zu Bauteilen, Ausrüstungs- und Ausstattungselementen	≥ 50
5	zugeordnete Beschilderung	Höhe über OFF	120 – 140
	manuell bedienbare Türen		
6	Drücker	Höhe Drehachse über OFF (Mitte Drückernuss) Das Achsmaß von Greifhöhen und Bedienhöhen beträgt grundsätzlich 85 cm über OFF. Im begründeten Einzelfall sind andere Maße in einem Bereich von 85 cm bis 105 cm vertretbar.	85
7	Griff waagerecht	Höhe Achse über OFF	85
8	Griff senkrecht	Greifhöhe über OFF	85
	automatische Türsysteme		
9	Taster	Höhe (Tastermitte) über OFF	85
10	Taster Drehflügeltür/Schiebetür bei seitlicher Anfahrt	Abstand zu Hauptschließkanten ^b	≥ 50
11	Taster Drehflügeltür bei frontaler Anfahrt	Abstand Öffnungsrichtung	≥ 250
		Abstand Schließrichtung	≥ 150
12	Taster Schiebetür bei frontaler Anfahrt	Abstand beidseitig	≥ 150
OFF = Oberfläche Fertigfußboden			
^a Rollstuhlbenutzer können Türdrücker nur erreichen, wenn die Greiftiefe nicht zu groß ist. Das ist bei Leibungstiefen von max. 26 cm immer erreicht. Für größere Leibungen muss die Nutzbarkeit auf andere Weise sichergestellt werden.			
^b Die Hauptschließkante ist bei Drehflügeltüren die senkrechte Türkante an der Schlossseite.			

7.3.5 Aufzugsanlage

Im Neubau des Rathauses wird ein Personenaufzug zur barrierefreien Erschließung der Geschosse eingebaut. Dieser ist von Foyer/ Flur/ Galerie aus zugänglich und zentral gelegen. Der Aufzug ist in einem feuerhemmenden Fahrtschacht angeordnet, welcher gem. § 39 Abs. 2 BauO NRW schachtseitig eine Bekleidung aus nichtbrennbaren Baustoffen hat. Zudem gibt es gem. § 39 Abs. 3 BauO NRW eine Öffnung zur Rauchableitung (vgl. Brandschutzkonzept Fa. Brandschutz Strunk).

Gegenüber von Aufzugstüren dürfen keine abwärts führenden Treppen angeordnet werden. Vor den Aufzugstüren ist eine Bewegungs- und Wartefläche von mindestens 150 cm × 150 cm zu berücksichtigen. Aufzüge müssen mindestens dem Typ 2 nach DIN EN 81-70:2021-06, Tabelle 3, entsprechen. Das bedeutet die Aufzugskabine muss ein liches Maß von mind. 1,10 x 1,40 m aufweisen. Die lichte Zugangsbreite muss mindestens 90 cm betragen. Für die barrierefreie Nutzbarkeit der Befehlsgeber siehe DIN EN 81-70:2021-06.

Der im Neubau des Rathauses vorgesehene Personenaufzug entspricht den Anforderungen für eine barrierefreie Erschließung der Geschosse und erfüllt die grundlegenden Normen wie DIN EN 81-70:2021-06, die für barrierefreie Aufzüge festgelegt sind. Dieser Aufzug erfüllt bereits die Kriterien für den barrierefreien Transport von Personen, auch für solche mit motorischen Einschränkungen oder Rollstühlen.

Evakuierung von Personen mit Behinderungen

Der Personenaufzug liegt nicht in dem brandschutzwirksam abgetrennten Treppenhaus und ist nicht zur Evakuierung geeignet. Daher kommen betriebliche und organisatorische Maßnahmen über Evakuierungshelfer zum Tragen. Diese sind vom Nutzer festzulegen und zu organisieren.

7.3.6 Treppen und Handläufe

Alle Geschosse werden über zwei notwendige Treppenhäuser mit einer lichten Breite von 1,20 m erschlossen. Die Treppenhäuser sind direkt mit dem Foyer verbunden. Die Treppen sind unter Einhaltung der Anforderungen gemäß DIN 18040-1, Abschnitt 4.3.6, barrierefrei nutzbar – sowohl für Menschen mit motorischen Einschränkungen als auch für blinde und sehbehinderte Personen.

Treppen müssen gerade Läufe aufweisen. Die Treppenauflinie muss rechtwinklig zu den Treppenvorderkanten verlaufen. Treppen sind mit Setzstufen auszuführen; Trittstufen dürfen nicht über die Setzstufen hinaus vorkragen. Eine Unterschneidung von bis zu 2 cm ist bei schrägen Setzstufen zulässig.

Für sehbehinderte Menschen müssen die Elemente der Treppe gut erkennbar sein. Dies wird zum Beispiel durch durchgehende Markierungsstreifen an Tritt- und Setzstufen erreicht – gemäß DIN 18040-1, Abschnitt 4.3.6.4. In Treppenhäusern sind die erste und letzte Stufe – vorzugsweise alle Stufen – mit einer Markierung zu versehen.

Beidseitig an Treppenläufen und Zwischenpodesten müssen Handläufe sicheren Halt bieten. Dies ist gewährleistet, wenn sie in einer Höhe von 85 cm bis 90 cm angebracht sind (lotrecht gemessen von der Oberkante des Handlaufs zur Stufenvorderkante bzw. Oberkante Fertigfußboden des Treppen- oder Zwischenpodests), nicht an Treppenaugen oder Zwischenpodesten unterbrochen werden und an den Enden der Treppenläufe – z. B. am Podest – mindestens 30 cm waagrecht weitergeführt werden.

Die Handläufe sind griffsicher und gut umgreifbar zu gestalten, wobei keine Verletzungsgefahr bestehen darf. Dies wird unter anderem durch einen runden oder ovalen Querschnitt mit einem Durchmesser von 3 cm bis 4,5 cm, Halterungen an der Unterseite sowie abgerundete Enden erreicht, die z. B. nach unten oder zur Wandseite geführt werden.

Handläufe müssen sich visuell kontrastreich vom Hintergrund abheben. Sie sollten zudem taktile Informationen zur Orientierung enthalten, etwa zur Etagenkennzeichnung oder zur Wegeführung. Diese Hinweise sind an den Enden der Handläufe, jeweils auf der von der Treppe abgewandten Seite, anzubringen.

7.3.7 Rampen

Innerhalb des Gebäudes kommen keine Rampen zur Überwindung von Höhenunterschieden zum Einsatz.

7.3.8 Rollstuhlabbstellplätze

Innerhalb des Gebäudes besteht keine Notwendigkeit für Rollstuhlabbstellplätze, da kein Wechsel des Rollstuhls erforderlich ist.

7.3.9 Anordnung von Bedienelementen, Kommunikationsanlagen sowie Ausstattungselemente

Bedienelemente (z. B. Schalter, Taster, Automaten) und Kommunikationsanlagen (z. B. Türöffner- und Klingelanlagen, Notrufanlagen), die für die zweckentsprechende Nutzung des Gebäudes durch die Öffentlichkeit erforderlich sind, müssen barrierefrei erkennbar, erreichbar und nutzbar sein. Bedien- und Ausstattungselemente sowie Bauteile sind so zu gestalten, dass scharfe Kanten vermieden werden – z. B. durch Abrundungen oder Kantenschutz.

Bedienelemente und Kommunikationsanlagen gelten als barrierefrei erkennbar und nutzbar, wenn sie nach dem Zwei-Sinne-Prinzip gestaltet sind: visuell kontrastierend (z. B. hell/dunkel) und zusätzlich taktil (z. B. durch deutliche Hervorhebung gegenüber der Umgebung) oder akustisch wahrnehmbar. Ihre Funktion sollte eindeutig erkennbar sein – beispielsweise durch klare Kennzeichnung und/oder eine einheitliche Anordnung (Wiedererkennungseffekt).

Bedienelemente dürfen nicht ausschließlich als Sensortaster, Touchscreens oder berührungslose Bedienelemente ausgeführt sein, um unbeabsichtigte Auslösungen beim Ertasten zu vermeiden. Die

Funktionsauslösung sollte eindeutig rückgemeldet werden, z. B. durch ein akustisches Signal, ein Lichtsignal oder eine veränderte Schalterstellung.

Die maximal aufzuwendende Kraft bei der Bedienung sollte bei Schaltern und Tastern zwischen 2,5 N und 5,0 N liegen. Die Bedienelemente und Kommunikationsanlagen sollten stufenlos zugänglich sein. Vor den Bedienelementen ist für die Nutzung durch Rollstuhlfahrende eine Bewegungsfläche von mindestens 150 cm × 150 cm vorzusehen. Wenn keine Wendefläche erforderlich ist – etwa bei seitlicher Anfahrt – genügt eine Bewegungsfläche von 120 cm Breite × 150 cm Länge (in Fahrtrichtung). Es ist ein seitlicher Abstand zu Wänden oder bauseitigen Einrichtungen von mindestens 50 cm einzuhalten.

Bedienelemente, die ausschließlich frontal anfahrbar und bedienbar sind (z. B. bestimmte Automaten), müssen in einer Tiefe von mindestens 15 cm unterfahrbar sein (vgl. Abbildung 11). Das Achsmaß für Greif- und Bedienhöhen beträgt grundsätzlich 85 cm über OFF (Oberkante Fertigfußboden). Werden mehrere Bedienelemente übereinander angebracht, darf das Achsmaß des obersten Bedienelements 105 cm nicht überschreiten.

Bei Gegensprechanlagen ist die Hörbereitschaft der Gegenseite optisch anzuzeigen. Bei manuell betätigten Türen mit elektrischer Türfallenfreigabe (umgangssprachlich: Türsummer) ist die Freigabe ebenfalls optisch zu signalisieren.

Ausstattungs-elemente wie Schilder, Vitrinen, Feuerlöscher oder Telefonhauben dürfen nicht in Räume hineinragen und dadurch nutzbare Breiten oder Höhen einschränken. Ist ein Hineinragen unvermeidbar, müssen sie so gestaltet sein, dass blinde und sehbehinderte Menschen sie rechtzeitig als Hindernis erkennen können. Ausstattungselemente müssen visuell kontrastierend gestaltet und mit dem Langstock ertastbar sein – z. B. indem sie bis zum Boden reichen, höchstens 15 cm über dem Boden enden oder durch einen mindestens 3 cm hohen Sockel entsprechend der Umrisse ergänzt werden. Alternativ ist eine Tastleiste, die höchstens 15 cm über dem Boden endet, zulässig.

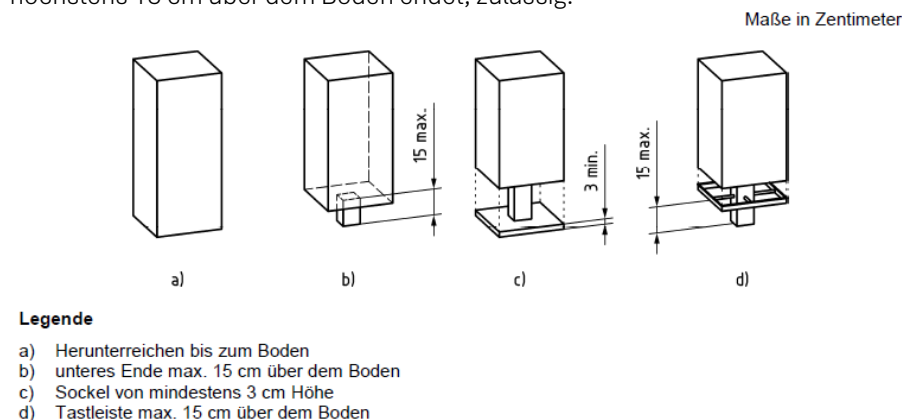


Abbildung 13: Beispiel für die Wahrnehmbarkeit von Ausstattungselementen

Im Foyerbereich des Rathauses befinden sich unter anderem eine Info-Theke sowie Selbstbedienungsterminals. Die Info-Theke soll in Abstimmung mit der Stadt Hörstel an einer Seite barrierefrei geplant werden. Dabei werden die oben genannten Anforderungen gemäß DIN 18040-1 berücksichtigt. Auch die SB-Terminals werden entsprechend den Anforderungen an eine barrierefreie Nutzung geplant.

Vor Service-Schaltern, Kassen, Kontrollen und Automaten ist eine Bewegungsfläche von mindestens 150 cm × 150 cm vorzusehen. Der Tresenbereich zur Nutzung im Rollstuhl muss in einer Breite von mindestens 90 cm unterfahrbar sein. Die Unterfahrbarkeit muss eine Tiefe von mindestens 55 cm aufweisen (vgl. Abbildung 11). Wird der Tresen auf einer Breite von mindestens 150 cm unterfahrbar gestaltet, kann die Tiefe der Bewegungsfläche auf 120 cm reduziert werden. Die Tresenhöhe darf 80 cm nicht überschreiten.

In Durchgängen neben Service-Schaltern, Kassen, Kontrollen und Automaten ist eine nutzbare Breite von mindestens 90 cm vorzusehen. Vor und hinter diesen Durchgängen ist jeweils eine Bewegungsfläche von mindestens 150 cm × 150 cm einzuplanen.

Service-Schalter mit geschlossener Verglasung und Gegensprechanlagen sind zusätzlich mit einer induktiven Höranlage auszustatten. Auch Service-Schalter und Kassen in lauten Umgebungen sollten mit einer induktiven Höranlage versehen sein.

Die Kundenkontaktbereiche müssen sich visuell kontrastreich von der Umgebung abheben und sollten auch taktil (z. B. durch unterschiedliche Bodenbeläge oder bauliche Elemente) und/oder akustisch bzw. elektronisch gut auffindbar sein – z. B. durch ein Leitsystem, das vom Eingang zu mindestens einem Schalter führt. Die taktil erfassbare Auffindbarkeit kann auch durch Bodenindikatoren gemäß DIN 32984 sichergestellt werden.

7.3.10 Warnen/ Orientieren/ Informieren/ Leiten

Informationen für die Gebäudenutzung, die der Warnung, Orientierung oder Wegleitung dienen, müssen auch für Menschen mit sensorischen Einschränkungen geeignet sein. Die Vermittlung wichtiger Informationen hat nach dem Zwei-Sinne-Prinzip zu erfolgen – das heißt, sie muss mindestens zwei Sinne ansprechen.

Diese Informationen dürfen nicht durch andere Hinweise, wie z. B. Werbung, überlagert werden. Informationen können visuell (durch Sehen), auditiv (durch Hören) oder taktil (durch Fühlen bzw. Tasten, z. B. mit Händen oder Füßen) gestaltet sein.

Gefahrenstellen und gefährliche Hindernisse müssen für blinde und sehbehinderte Menschen gesichert werden – z. B. durch ertastbare oder stark kontrastierende Absperrungen gemäß den zuvor beschriebenen Anforderungen.

Flure und sonstige Verkehrsflächen sollten mit einem möglichst lückenlosen Informations- und Leitsystem ausgestattet sein.

Visuell

Visuelle Informationen müssen auch für sehbehinderte Menschen sichtbar und erkennbar sein.

Die wichtigsten Einflussfaktoren auf das Sehen/Erkennen sind:

- Leuchtdichtekontraste (hell/dunkel)
- Größe des Sehobjektes
- Form (z. B. Schrift)
- räumliche Anordnung (Position) des Sehobjektes
- Betrachtungsabstand
- ausreichende und blendfreie Belichtung bzw. Beleuchtung

Visuelle Informationen müssen hinsichtlich ihrer Leuchtdichte einen deutlichen Kontrast zum Umfeld aufweisen. Je höher der Leuchtdichtekontrast, desto besser ist die Erkennbarkeit. Besonders gut wahrnehmbar sind Schwarz/Weiß- bzw. Hell/Dunkel-Kombinationen. Farbkontraste können die Wahrnehmung zusätzlich unterstützen, ersetzen jedoch nicht den erforderlichen Leuchtdichtekontrast.

(Hinweise zur Messung und Berechnung von Kontrastwerten enthält z. B. DIN 32975.)

Nach aktuellen Erkenntnissen sind folgende Leuchtdichtekontraste geeignet:

$K \geq 0,4$ für Orientierung, Leitfunktionen und Bodenmarkierungen,

$K \geq 0,7$ für Warnhinweise und schriftliche Informationen.

Beeinträchtigungen visueller Informationen durch Blendungen, Spiegelungen oder Schattenbildungen sind so weit wie möglich zu vermeiden. Dies kann durch geeignete Materialwahl (z. B. entspiegeltes Glas, matte Oberflächen), Oberflächenformen oder eine angepasste Anordnung (z. B. geneigte Sichtflächen) erreicht werden.

Sind Informationen nur aus kurzer Lesedistanz wahrnehmbar – z. B. textliche Beschreibungen neben Ausstellungsstücken in Museen – müssen die jeweiligen Informationsträger auch für Menschen mit Sehbehinderung oder Rollstuhlnutzung frei zugänglich sein.

Im Rathaus wird darauf geachtet, dass Glastüren und Glasflächen, die sich im Bereich von Fluren und Bewegungsflächen befinden, deutlich durch Sicherheitsmarkierungen erkennbar sind. Diese Sicherheitsmarkierungen erstrecken sich über die gesamte Glasbreite (vgl. Abschnitt 7.3.4 „Türen“).

Es besteht keine Absturzgefahr für blinde Menschen, da es keine frei im Raum beginnenden Treppen oder Stufen gibt. Die Türblätter und Zargen in den Geschossen werden in visuell kontrastierender Ausführung gestaltet (vgl. Abschnitt 7.3.1 und 7.3.4).

Auditiv

Akustische Informationen müssen auch für Menschen mit eingeschränktem Hörvermögen hörbar und verstehbar sein.

Die wichtigsten Einflussfaktoren auf das Hören/Verstehen sind:

- das Verhältnis zwischen Nutzsignal S (Signal) und Störgeräusch N (Noise)
- die Nachhallzeit und die Lenkung der Schallenergie zum Hörer

Der Abstand zwischen Nutzsignal S (Signal) und Störgeräusch N (Noise) sollte $S-N = 10 \text{ dB}$ nicht unterschreiten. Die automatische Anpassung des Nutzsignals an wechselnde Störschallpegel ist anzustreben.

Akustische Informationen als Töne oder Tonfolgen müssen bei Alarm- und Warnsignalen eindeutig erkennbar und unterscheidbar sein. Für die raumakustische Planung siehe DIN 18041.

Für das Rathaus gibt es ein Schallschutzkonzept der Fa. ISRW Dr.-Ing. Klapdor GmbH. Hier werden alle baurechtlichen Schallschutzanforderungen gem. DIN 4109 beschrieben. Des Weiteren gibt es im Konzept Empfehlungen für den Schallschutz der Bürobereiche gem. VDI 2569.

Taktil

Informationen, die taktil zur Verfügung gestellt werden, müssen für die jeweilige Art der Wahrnehmung geeignet sein. Taktile Informationen können von blinden Menschen mit den Fingern und Händen, dem Langstock oder den Füßen wahrgenommen werden.

Taktil erfassbare schriftliche Informationen sind sowohl in erhabener lateinischer Profilschrift (Großbuchstaben und arabische Ziffern) als auch in Braille-Schrift (nach DIN 32976) bereitzustellen. Sie können zusätzlich durch ertastbare Piktogramme und Sonderzeichen ergänzt werden.

Hinweis: Für die Gestaltung taktiler Schriften wird auf die Broschüre des Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverbandes „Richtlinie für taktile Schriften“ verwiesen (www.gfuv.de).

Taktil erfassbare Beschriftungen, Piktogramme und Sonderzeichen sollten insbesondere an folgenden Orten angebracht werden:

- an den Zugängen zu geschlechtsspezifischen Anlagen (z. B. WC- und Duschanlagen),
- vor Zimmertüren zur Kennzeichnung von Räumen.

Taktil erfassbare Orientierungshilfen müssen sich deutlich vom Umfeld abheben, z. B. durch Form, Material, Härte oder Oberflächenstruktur. Sie müssen zuverlässig mit den Fingern, dem Langstock oder dem Schuhwerk ertastbar sein.

Geradlinige, rechtwinklige Wegeführungen und eine klare Raumstruktur unterstützen zusätzlich die taktile Orientierung und Raumerfassung. Zur Orientierung können auch bauliche Elemente oder taktil kontrastreiche Bodenstrukturen genutzt werden. Ergänzend kommen Bodenindikatoren nach DIN 32984 zum Einsatz.

Im Rathaus wird darauf geachtet, taktil erfassbare Piktogramme an den Zugängen zu den WC-Räumen/ Behinderten-WCs anzubringen. Im Aufzug werden die Aufzugtaster in Brailleschrift und/oder Profilschrift ausgeführt (gem. 7.3.5). Im Eingangsbereich wird ein taktiler Leit- und Orientierungssystem in Form von unterschiedlichen Bodenstrukturen oder Bodenindikatoren eingerichtet, um den blinden und sehbehinderten Menschen den Weg zum Info-Point, Wartebereich, Aufzug und ggf. Behinderten-WC zu erleichtern. Eine Beschriftung der Büroräume in Braille- und/oder Profilschrift ist nicht erforderlich, da Menschen mit Sehbehinderung nur mit vorher vereinbartem Termin das Rathaus besuchen und durch Mitarbeitende begleitet werden. Bei sehbehinderten Mitarbeiter:innen ist davon auszugehen, dass diese orts- und raumkundig sind. Des Weiteren werden taktile Hinweise wie aktuelles Stockwerk an den Handläufen in den Treppenhäusern angebracht.

Beispiele:



Abbildung 14: taktiler Bodenleitsystem (Quelle: nullbarriere.de)



Abbildung 15: taktile Handlaufbeschriftung (Quelle: nullbarriere.de)



Abbildung 16: Befehlsfeld behindertengerechter Aufzug (Quelle: Google)



Abbildung 14: kontrastreiches Türschild mit haptischer Zimmernummer (Quelle: nullbarriere.de)

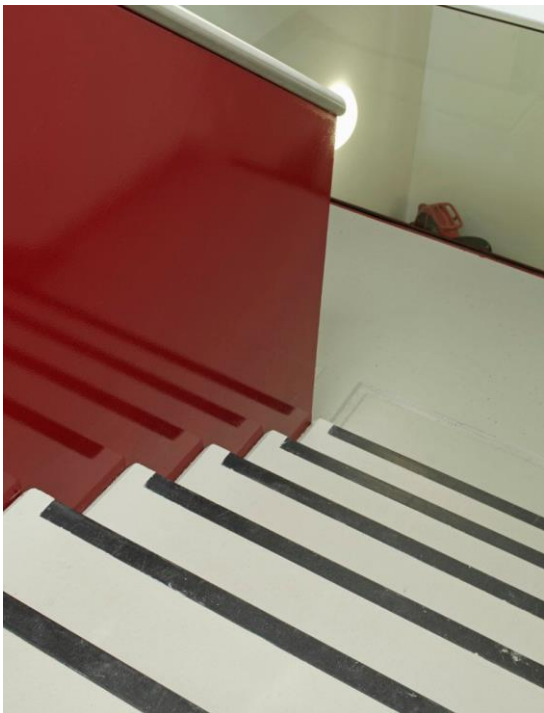


Abbildung 18: markierte und kontrastreiche Stufen (Quelle: Google)



Abbildung 19: Kontrastierende Gestaltung Tür - Boden - Wand - Handlauf (Quelle: Google)

7.3.11 Maßnahmen zur Rettung von Menschen mit Behinderung

Für die Rettung von Rollstuhlbenutzern aus den Obergeschossen, welche ausschließlich über den Aufzug barrierefrei zugänglich sind, werden besondere Maßnahmen erforderlich, da diese nicht in der Lage sind die Rettungswege über die Treppen eigenständig zu bewältigen. Der geplante Aufzug liegt außerhalb des brandschutzwirksam abgetrennten Treppenhauses, so dass dieser im Brandfall zur Evakuierung von Personen im Rollstuhl nicht eingesetzt werden kann. Daher ist beim Rathaus eine betriebliche und organisatorische Rettung durch Rettungshelfer vorgesehen. (siehe 8.2)

7.3.12 Räume für Veranstaltungen

In Räumen für Veranstaltungen mit Reihenbestuhlung sind Flächen freizuhalten, die von Rollstuhlnutzern und gegebenenfalls deren Begleitpersonen genutzt werden können. Vergleich Abbildung 26. In beiden Fällen können sich Bewegungs- und Verkehrsflächen überlagern. Sitzplätze für Begleitpersonen sind neben dem Rollstuhlplatz vorzusehen.

Sind Tische fest eingebaut, sind auch an Plätzen der Rollstuhlnutzer entsprechende Tische vorzusehen, diese müssen unterfahrbar sein.

Für weitere Informationen siehe DIN 18040-1, Absatz 5.2.

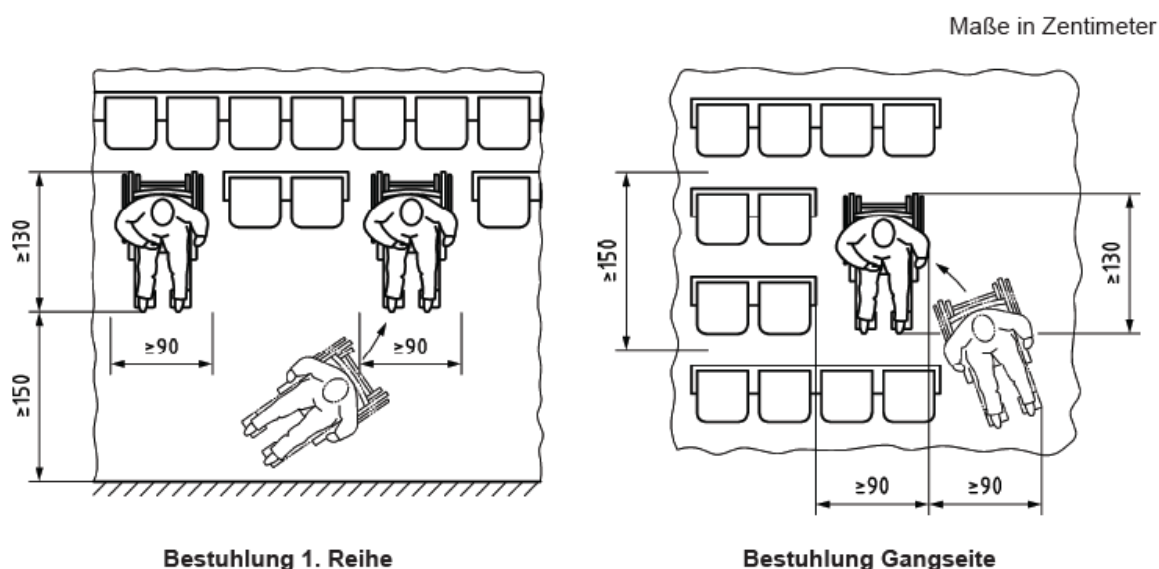


Abbildung 20: Beispiele für Rollstuhlplätze in Räumen für Veranstaltungen (Quelle: DIN 18040-1, Bild 11)

7.3.13 Büroräume

Im Rahmen der barrierefreien Gestaltung des Rathauses wird den besonderen Anforderungen von Beschäftigten mit Behinderungen besondere Beachtung geschenkt. Ziel ist es, sicherzustellen, dass betroffene Mitarbeitende ihre Tätigkeiten ohne Einschränkung ihrer Sicherheit, Gesundheit oder ihres Wohlbefindens ausüben können.

Die Umsetzung barrierefreier Maßnahmen in Arbeitsbereichen richtet sich nach den konkreten individuellen Erfordernissen der jeweiligen Beschäftigten. Dabei wird berücksichtigt, dass Art und Ausprägung einer Behinderung unterschiedliche bauliche und technische Anforderungen mit sich bringen können.

Bereits in der Planungsphase zukünftiger Bau- oder Umbaumaßnahmen sollen die Grundsätze des barrierefreien Bauens gemäß DIN 18040 sowie die Anforderungen der Arbeitsstättenregel ASR V3a.2 einbezogen werden. Durch eine vorausschauende Planung können sowohl organisatorische als auch

wirtschaftliche Vorteile realisiert werden – insbesondere, um kostspielige nachträgliche Anpassungen oder Umbaumaßnahmen im Fall einer späteren Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen zu vermeiden.

Die Einrichtung behindertengerechter Arbeitsplätze erfolgt anlassbezogen und ist an die jeweiligen Bedarfe anzupassen. Eine generelle Vorhaltung solcher Arbeitsplätze ist nicht erforderlich, sofern sichergestellt ist, dass entsprechende Anpassungen bei Bedarf zeitnah und angemessen realisierbar sind.

Die Gestaltung orientiert sich an folgenden Grundprinzipien:

- uneingeschränkte Zugänglichkeit und Nutzbarkeit der Büroräume,
- ergonomische und funktionale Anpassung der Arbeitsplatzausstattung,
- Vermeidung von Barrieren im Arbeitsumfeld,
- gegebenenfalls Bereitstellung technischer Hilfsmittel oder Assistenzsysteme.

Die Realisierung erfolgt in enger Abstimmung mit den betroffenen Personen sowie unter Einbindung der Fachstellen für Inklusion und Arbeitsschutz.

8 Alarmierung und Evakuierung

In Brandschutzkonzepten sind die Belange von Menschen mit motorischen und sensorischen Einschränkungen zu berücksichtigen, beispielsweise durch die Bereitstellung sicherer Bereiche für den Zwischenaufenthalt nicht zur Eigenrettung fähiger Personen und durch die Sicherstellung einer zusätzlichen visuellen Wahrnehmbarkeit akustischer Alarm- und Warnsignale vor allem in Räumen, in denen sich Hörgeschädigte allein aufhalten können, z. B. WC-Räume, sowie durch betriebliche/organisatorische Vorkehrungen.

8.1 Alarmierungseinrichtung

Gemäß dem durch die Firma Strunk erstellten Brandschutzkonzept ist der Einbau einer automatischen Brandmelde- oder Alarmierungsanlage nicht erforderlich. Infolgedessen sind geeignete organisatorische Maßnahmen gemäß den Anforderungen der Arbeitsstättenregel ASR A2.3 „Fluchtwege und Notausgänge, Flucht- und Rettungsplan“ sowie der DGUV Information 205-033 „Barrierefrei – Evakuierung von Menschen mit Behinderungen“ umzusetzen, um im Ereignisfall eine sichere Evakuierung aller anwesenden Personen sicherzustellen.

Insbesondere besucher- oder mitarbeiterseitig sensorisch eingeschränkte Personen (z. B. Menschen mit Hör- oder Sehbehinderung) müssen zuverlässig über eine notwendige Räumung bzw. Gefahrensituation informiert werden.

Zu diesem Zweck sind gemäß ASR A2.3 sowie § 10 ArbSchG (Arbeitsschutzgesetz) und § 22 der DGUV Vorschrift 1 ausreichend Evakuierungshelfer:innen zu benennen und zu schulen, die im Gefahrenfall unterstützend eingreifen. Diese müssen:

- Personen mit sensorischen Einschränkungen rechtzeitig über alternative Alarmierungsmethoden (z. B. persönliche Ansprache, Sichtzeichen, taktile Hinweise) informieren,
- geeignete Kommunikationsketten und Maßnahmen zur Unterstützung dieser Personen im Gefahrenfall nutzen und einüben,
- die Evakuierung in Abstimmung mit dem betrieblichen Notfallmanagement barrierefrei und sicher erfolge.

Die Maßnahmen sind im Rahmen der organisatorischen Gefahrenabwehrplanung verbindlich zu regeln und regelmäßig im Zuge von Evakuierungsübungen zu überprüfen.

Menschen mit Einschränkungen sind nach Möglichkeit in die Planung der Maßnahmen einzubeziehen. Gleichzeitig ist das Personal regelmäßig für die Bedarfe von Menschen mit Behinderungen zu sensibilisieren, um eine inklusive Sicherheitskultur im Gebäude zu etablieren.

8.2 Evakuierung

Im Alarmierungsfall erfolgt eine vollständige Räumung des Gebäudes bzw. der betroffenen Geschosse. Die Evakuierung orientiert sich an den Grundsätzen der unterstützten Selbstrettung, unter Einhaltung der Anforderungen gemäß ASR A2.3, DIN 18040-1, DGUV Information 205-033 sowie den Vorgaben des jeweiligen Brandschutzkonzepts.

Personen mit einer Einschränkung des Seh- oder Hörvermögens, sowie mobilitätseingeschränkte, jedoch gehfähige Personen (z. B. Menschen mit Gehhilfen), können im Alarmfall eigenständig ein Treppenhaus nutzen, sofern sie durch geschulte Evakuierungshelfer:innen begleitet und unterstützt werden. Diese Form der Evakuierung wird als unterstützte Selbstrettung gewertet.

Personen, die dauerhaft auf einen Rollstuhl angewiesen sind, können das Erdgeschoss selbstständig oder mit Hilfe über die barrierefreien Ausgänge verlassen. Personen, die auf einen Rollstuhl angewiesen sind und sich nicht im Erdgeschoss aufhalten, bedürfen besonderer Vorkehrungen. In diesen Fällen müssen zuvor festgelegte Evakuierungshelfer dem motorisch eingeschränkten Menschen helfen, z.B: mit einem Treppenrettungsstuhl. Diese betriebliche und organisatorische Rettung muss vorher festgelegt und erprobt sein.

Zur Sicherstellung der Rettung mobilitätseingeschränkter Personen sind folgende organisatorische Maßnahmen notwendig:

- Kennzeichnung der sicheren Bereiche, ggf. mit visuellen und taktilen Hinweisen.
- Einweisung und Schulung des Personals, insbesondere der Evakuierungshelfer:innen, zur Durchführung unterstützter Selbstrettung und zum Verhalten bei unterstützter Evakuierung.
- Regelmäßige Übungen zur Erprobung der Verfahren.

9 Zusammenfassung

Der hier betrachtete Neubau des Rathauses der Stadt Hörstel wurde hinsichtlich seiner Barrierefreiheit nach den einschlägigen Anforderungen überprüft. Es handelt sich um ein öffentlich zugängliches Gebäude im Sinne des § 49 der Landesbauordnung Nordrhein-Westfalen (BauO NRW). Das dort definierte Schutzziel der barrierefreien Nutzung wird durch die in diesem Konzept dargelegten baulichen, technischen und organisatorischen Maßnahmen erfüllt.

Das vorliegende Barrierefrei-Konzept berücksichtigt dabei sowohl:

- die Anforderungen an öffentlich zugängliche Bereiche mit regelmäßigem Publikumsverkehr als auch
- die bedarfsgerechte Anpassbarkeit von Arbeitsplätzen für Beschäftigte mit Behinderungen gemäß den Grundsätzen der ASR V3a.2 sowie der DIN 18040-1.

Damit entsteht eine ausgewogene und praxisnahe Lösung, die bauliche Umsetzbarkeit, gesetzliche Vorgaben und die Grundsätze der Inklusion in Einklang bringt.

Dieses Konzept basiert auf dem zum Zeitpunkt der Ausarbeitung aktuellen Planungsstand. Sollten im weiteren Verlauf Änderungen an wesentlichen Aspekten der Planung erfolgen, ist das Barrierefrei-Konzept anzupassen bzw. vollständig neu zu erstellen. Dies betrifft insbesondere Änderungen in folgenden Punkten:

- Lage, Größe und Art der Außen- und Innentüren
- Lage, Ausführung und Abmessungen der Treppenanlagen
- Lage, Ausführung und Ausstattung der Aufzuganlagen

- Führung und Gestaltung der Rettungswege
- Art und Umfang der Gebäudenutzung

Versicherungstechnische Fragestellungen sowie weiterführende Anforderungen, z. B. aus dem Arbeitsstättenrecht oder dem Datenschutz, werden in diesem Konzept nicht behandelt und sind ggf. separat zu berücksichtigen.

10 Anlagen

- Pläne zum Barrierefrei – Konzept

Barrierefrei – Konzept gelesen und zur Kenntnis genommen:

Architekt bzw. Bauherr

Hilte, den 25.04.2025

Aufgestellt



Denisé Leupold
M.Sc. Architektin

beinker[architektur]

büro für nachhaltiges planen, bauen und beraten

am eggebrink 1
49176 hilte a.t.w.

zentrale +49 5409 989846 0
e-mail leupold@beinker-architektur.de
internet www.beinker-architektur.de